

PRESSEMITTEILUNG



31. Juli 2019

KLIMANOTSTAND IM WALD – POLITIK MUSS HANDELN

Vor zwei Wochen hat der Bund Deutscher Forstleute (BDF) den Klimanotstand für den Wald ausgerufen. Der Wald ist eigentlich der Klimaretter schlechthin. Großflächige Aufforstungen könnten den Klimawandel deutlich bremsen. Aktuell ist der Wald aber selbst Opfer der Klimakatastrophe. Er steht vor dem Kollaps. Die Hauptbaumarten Fichte, Kiefer und Buche sterben flächig ab.

Von der Politik kommen bisher kaum verwertbare Vorschläge für einen Rettungsplan für den Wald. Der BDF fordert einen nationalen Waldgipfel auf höchster Ebene mit Beteiligung aller notwendigen Akteure und eine auskömmliche Finanzierung der Aufräumarbeiten im Wald, einer raschen Wiederbewaldung, eines verstärkten Waldumbaus und einer deutlich verbesserten Forschungsarbeit.

Am morgigen Donnerstag, 1. August 2019, treffen sich die Landesforstminister der CDU im sächsischen Moritzburg zur Besprechung der Waldkatastrophe. Am Nachmittag soll die Moritzburger Erklärung an die Bundesforstministerin, Julia Klöckner (CDU), übergeben werden.

Der BDF begrüßt diese Initiative. Sie greift dennoch zu kurz. Der Wald spielt eine gesamtgesellschaftlich bedeutende Rolle in ganz Deutschland. Er ist durch die Klimakatastrophe in ganz Deutschland bedroht.

„Auf meiner Urlaubssommertour durch Deutschlands Wälder konnte ich den katastrophalen Zustand unseres Waldes hautnah erleben. Von Mecklenburg, über den Harz, ins Sauerland und bis zur Schwäbischen Alb sieht man sterbende Bäume aller Art. Sowohl in Nationalparks und normal bewirtschafteten Wäldern. Fichten, Kiefern, Buchen, Eichen – alle wesentlichen Baumarten sind betroffen. Es ist eine nationale Katastrophe. Das bestätigen die Forstleute aller Bundesländer“, so Ulrich Dohle, Bundesvorsitzender des BDF und quasi Deutschlands oberster Förster.

„Um dieser Katastrophe adäquat zu begegnen, benötigen wir einen **nationalen Waldgipfel** mit allen Beteiligten aller Bundesländer. Wir brauchen eine laufend aktualisierte Einschätzung des wahren Ausmaßes der Schäden. Die bisherigen Zahlen kratzen nur an der untersten Kante. Jeden Tag werden die Zahlen in den Ländern nach oben korrigiert. Nur bundesweit bleiben sie gleich. Auf dieser Basis können keine guten Entscheidungen getroffen werden“, so Dohle weiter.

Neben den neuen Plänen zur großflächigen Aufforstung neuer Wälder gegen den Klimawandel muss zunächst der bisher bestehende Wald gerettet und wieder aufgeforstet werden.

Neben großen finanziellen Mitteln sofort und die nächsten Jahre wird eine spürbare Aufstockung des Personals, ein Stopp aller Stellenabbaupläne, die Verkleinerung der Organisationseinheiten (Forstreviere) benötigt. Kleinere Waldbesitzende müssen unkompliziert beraten und betreut werden können, die Waldschäden müssen zügig aufgeräumt werden, die Wiederbewaldung muss bereits in diesem Herbst verstärkt begonnen werden, ebenso wie der Waldumbau und die Jungpflanzenanzucht.

Der BDF besteht seit 1949 als forstpolitische, berufsständische und gewerkschaftliche Vertretung der Forstleute und Angestellten in allen Waldbesitzarten. Mit etwa 10.000 Mitgliedern ist der BDF auch Mitglied im dbb beamtenbund und tarifunion (dbb), in der Union Europäischer Forstleute (UEF) und im Deutschen Forstwirtschaftsrat (DFWR). Gegenüber Verwaltung und Arbeitgebern werden die Forstleute vertreten, indem Einfluss auf alle forst- und naturschutzpolitischen Zielsetzungen genommen wird. Ebenso erfolgt die Information der politischen Entscheidungsträger mit fachlichen Informationen.

PRESSEMITTEILUNG



Die Jagd wird dabei auch eine wichtige Rolle spielen. Ohne eine waldfreundliche Jagd wird die Walderhaltung nicht gelingen. Die Baumartenwahl muss wieder ins Zentrum der Betrachtung rücken. Die bisherigen Gewissheiten scheinen nicht viel zu taugen. Eine größere Vielfalt auch unter Berücksichtigung nicht einheimischer Arten ist notwendig.

„Der Wald ist systemrelevant. Seine Rettung ist alle Anstrengung wert und essentiell. Hier ist jeder Euro gut und notwendig investiert. Wir Forstleute stehen bereit und werden auch weiter jede Anstrengung für den Wald unternehmen und weiter an der Belastungsgrenze arbeiten – wie schon die letzten beiden Jahre. Wir brauchen jetzt aber die klare und deutliche Unterstützung der Politik“, so Ulrich Dohle abschließend.